Beschluss WP8.2. Integration anpacken.

Gremium:	LDK
Beschlussdatum:	05.06.2021
Tagesordnungspunkt:	WP8. Wir öffnen unsere Gesellschaft für alle!

Text

Jeder Mensch hat das Recht in die Gesellschaft aufgenommen zu werden. Anders ist der Anspruch des Grundgesetzes, die Würde aller Menschen zu achten nicht umzusetzen.

Integration gelingt nur, wenn sowohl die Zugewanderten als auch die Aufnahmegesellschaft bereit sind, als Gemeinschaft zu agieren. Diese Gemeinschaft erreicht man durch Vertrauen ineinander, Respekt füreinander und Achtung voreinander.

Religiöse und kulturelle Unterschiede sind immer wieder Ursache von Konflikten. Den "Interreligiösen Dialog" auf Landes- und kommunaler Ebene zu fördern und interkulturelle Kompetenzen auf allen Ebenen zu stärken ist ebenso sinnvoll, wie neue Projekte in ländlichen Räumen zu aktivieren.

Das Prinzip gleicher Rechte aller EU-Bürger:innen und Drittstaatler:innen muss gewahrt sein, egal, ob sie aus Gründen der Arbeitsmigration, der Familienzusammenführung oder aus humanitären Gründen in M-V leben.

Für eine gelingende Integration werden wir:

- die Zuständigkeit für Ausländerangelegenheiten zu verlagern und Integrationsaufgaben im Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung bündeln.
- in enger Abstimmung mit Migrantenselbstorganisationen und Integrationsakteur:innen ein Partizipations- und Integrationsgesetz nach dem Vorbild Berlins für M-V beschließen.
- in enger Abstimmung mit dem Integrationsbeirat des Landes und mit Beteilung der Öffentlichkeit die Konzeption für die Integration von Migrant:innen evaluierbar fortschreiben und fianziell untersetzen.
- umfassende Haushaltsmittel für landesweite Integrationsarbeit zur Verfügung stellen.
- die Ausstattung von Migrantenselbstorganisationen, Dolmetscherpools, Psychosozialen Zentren und Integrationsakteur:innen verbessern.
- die Verfahren zur Anerkennung der im Ausland erworbenen Qualifikationen beschleunigen und die Nachqualifikation unterstützen.